



Textteil

A Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB und BauNVO)

- Art der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 - 15 BauNVO)
 - Im allgemeinen Wohngebiet (WA) werden die gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 1, 4 und 5 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungsarten (Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Gartenbaubetriebe und Tankstellen) nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 Abs.6 Nr. 1 BauNVO).
- Maß der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 16 - 21 a BauNVO)
 - Maximale Gebäudehöhe**
Die im Plan mit "H_{1/2} max = N..." festgesetzte Gebäudehöhe bezieht sich auf die obere Begrenzung der Attika in Meter über Normal Null.
Die festgesetzte Maximalhöhe 1 und 2 (H_{1/2}) darf durch technische Aufbauten und Solaranlagen um 1,50 m überschritten werden.
Die festgesetzte Maximalhöhe 2 (H₂) darf durch Terrassenüberdachungen überschritten werden, sofern sie die festgesetzte Maximalhöhe 1 (H₁) nicht überschreiten.
 - Grundfläche:**
 - Die zulässige Grundfläche (GR) der Gebäude A, B und C darf durch die Grundflächen der außerhalb der Baugrenzen liegenden Terrassen um max. 10 % überschritten werden.
 - Die zulässige Grundfläche (GR) darf durch die Grundflächen von Stellplätzen mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sowie baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, überschritten werden.
 - Die zulässige Grundfläche darf durch untergeordnete Bauteile und Vorbauten i.S.d. § 5 Abs.6 LBO überschritten werden.
 - Im Einzelfall können weitere Überschreitungen der gemäß § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO zulässigen Grundfläche zugelassen werden, wenn die weiteren Flächen wasserdurchlässig und begrünt oder bauliche Anlagen erdüberdeckt ausgeführt werden (§ 19 Abs. 4 Satz 3 und 4 BauNVO).
- Bauweise**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)
- Abweichende Bauweise (a): geschlossen innerhalb der überbaubaren Fläche.

- Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 Abs. 3 BauNVO)
 - Die festgesetzten Baugrenzen der Gebäude A, B und C dürfen durch Terrassen sowie untergeordnete Bauteile und Vorbauten i.S.d. § 5 Abs.6 LBO um eine Tiefe von max. 1,5 m überschritten werden.
Die festgesetzten Baugrenzen der Gebäude D und E dürfen durch untergeordnete Bauteile i.S.d. § 5 Abs.6 Nr. 1 LBO um eine Tiefe von max. 1,5 m überschritten werden.
 - Bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, sind auch außerhalb der Baugrenzen zulässig.
- Stellplätze und Garagen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. § 12 BauNVO)
 - Kfz-Stellplätze sind nur auf den überbaubaren und auf den durch Planzeichen festgesetzten Grundstücksflächen zulässig. Überdachte Stellplätze (Carports) sind dort nur ausnahmsweise zulässig, sofern sie aus keinen geschlossenen Wänden sondern nur aus einer Überdachung bestehen. Außerhalb der überbaubaren und der auf den durch Planzeichen festgesetzten Grundstücksflächen sind Kfz-Stellplätze nur in Tiefgaragen zulässig. Fahrradstellplätze sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig (§ 12 Abs. 6 BauNVO).
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- Fußwege mit besonderer Zweckbestimmung können von Müllfahrzeugen befahren werden und dienen auch als Flächen für die Feuerwehr.
- Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
 - Die festgesetzten Flächen sind als Grünflächen anzulegen (Rasen-, Stauden- oder Gehölzflächen) und zumindest zu 25 % mit standortgerechten, heimischen Laubgehölzen zu bepflanzen. Bei der Verortung der Flächen kann auf der Grundlage eines qualifizierten Freiflächengestaltungsplans variiert werden.
- Geh-, Fahr- und Leitungsrechte**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
 - Die mit Leitungsrecht zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger zu belastenden Flächen (lr) können nur in beschränkter Weise und im Einvernehmen mit den Ver- und Entsorgungsträgern bebaut und genutzt werden.
- Die mit Gerecht zugunsten der Allgemeinheit zu belastenden Flächen (gr) dürfen nur durch Fußgänger sowie für eingeschränkten Fahrverkehr (Anlieferung) genutzt werden.
- Die mit (fr) gekennzeichneten Flächen sind zugunsten der Eigentümer und Bewohner des Flurstücks 2195/52 mit Fahrrecht zu belasten.

- Pflanzgebote und Pflanzbindungen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und 25 b BauGB)
 - Pflanzgebot für Einzelbäume**
Die durch Pflanzgebot festgesetzten Einzelbäume sind als mittelkronige, standortgerechte, hochstämmige Laubbäume mit einem Mindeststammumfang von 20/25 cm zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten.
Zulässig sind z. B. Feldahorn, Vogelkirsche, Hainbuche, Winterlinde (GREEN-SPIRE) oder Schnurbaum (REGENT).
Baumbeste im Bereich von Stellplatzanlagen sind in einer Mindestgröße von 10 - 12 m² und einer Mindestbreite von 2,5 m anzulegen.
Baumbeste im Bereich von Tiefgaragen sind mit einer lichten Mindestbreite und Mindestlänge von jeweils 3,0 m mit Erdkern und Erdanschluss anzulegen (vgl. Gestaltungsplan „Wohngebiet Funkerkaserne Esslingen“, Seite 72, Pflanzschema für Großgehölze auf Tiefgaragen, Müller-Benzing & Partner und Prommer & Partner, 1995).
Der Standort der Baumpflanzung darf von der Planfestsetzung bis zu 2,0 m abweichen. Abgängige Bäume sind in den entsprechenden Arten nachzupflanzen.
 - Flächenhaftes Pflanzgebot für Einzelbäume**
Die nicht überbauten Flächen der bebaubaren Grundstücke, einschließlich der Erschließungs-, Terrassen-, Spiel- und Stellplatzflächen, sind mit klein- bis mittelkronigen, standortgerechten, hochstämmigen Laubbäumen mit einem Mindeststammumfang von 18/20 cm, je 1 Baum pro angefangene 200 m² Fläche, zu bepflanzen und dauerhaft zu unterhalten.
Die Anzahl der nach anderen Festsetzungen auf diesen Flächen gepflanzten Bäume kann hierbei angerechnet werden.
Abgängige Bäume sind in den entsprechenden Arten nachzupflanzen.
 - Pflanzgebot für Tiefgaragendecken**
Erschließungsflächen sowie notwendige Feuerwehrfahr- und -aufstellflächen auf Tiefgaragendecken sind nach Möglichkeit zu kombinieren.
Die nicht für Erschließungszwecke oder für Terrassen in Anspruch genommenen und nicht überbauten Teile von Tiefgaragendecken sind mit einer mindestens 0,6 m starken Erdüberdeckung auszuführen und gärtnerisch anzulegen.
Mindestens 20 % der Fläche ist mit heimischen Laubgehölzen zu bepflanzen.
Zulässig sind z. B. Kornelkirsche, Gewöhnlicher Liguster, Wolliger Schneeball sowie die heimischen Wildrosenarten.
Abgängige Gehölze sind in den entsprechenden Arten nachzupflanzen.
Für festgesetzte Baumpflanzungen sind Ausparungen in den Tiefgaragen vorzusehen (vgl. Textteil „Pflanzgebot für Einzelbäume“).

- Pflanzgebot für Dachflächen**
Flachdächer und Dachflächen mit einer Neigung bis zu 15° sind flächendeckend mit einer Extensivbegrünung auszuführen, die dauerhaft zu unterhalten ist. Ausgenommen sind Dachflächen bis zu 10 m², Oberlichter sowie Glasdächer von Wintergärten und Terrassenüberdachungen.
Die Flächen sind mit einer mindestens 10 cm starken Substratschicht zu überdecken und mit Gräsern und Stauden zu bepflanzen, so dass dauerhaft eine geschlossene Vegetationsdecke gewährleistet wird (durchwurzelbare Aufbaudecke gemäß FLL-Richtlinie 2008 mindestens 15 cm (siehe hierzu Hinweis Nr. 8 unter "B Hinweise")).
Die Dachbegrünung muss eine Wasseraufnahmekapazität von mindestens 35 l/m² im Gesamtaufbau aufweisen (Herstellernachweis erforderlich).
- Hinweise**
 - Bodenschutz, Altlasten**
Die Böden der gekennzeichneten Flächen sind teilweise mit umweltgefährdenden Stoffen belastet (Ergebnis des Abschlussberichts der Altlastenerkundung auf dem Gelände der ehemaligen Funkerkaserne, Dr. Jungbauer und Partner, 28.02.1995).
Im Geltungsbereich des Bebauungsplans befinden sich drei Fälle („AS Flandernstr. 85 - 93“, Beweinsniveau 5 B - Belassen, Entsorgungsrelevanz; „AS Kasernefläche“, Beweinsniveau 1 B - Entsorgungsrelevanz & eine Altlastverdachtsfläche „Exerzierplatz Flandernstraße“ auf Beweinsniveau 1 - Anhaltspunkte, derzeit keine Exposition).
Alle Erd- und Aushubarbeiten sind gutachterlich zu überwachen. Für verunreinigte Bodenbestandteile ist ein Verwertungs- und Versorgungskonzept zu erstellen. Belastetes Aushubmaterial bzw. belastete Böden sind zu separieren und getrennt zu verwerten bzw. zu entsorgen (Sanierung durch Aushub).
Der Umfang der gutachterlichen Überwachung sowie die ergänzenden Untersuchungen und Sanierungsmaßnahmen sind mit dem Landratsamt Esslingen, Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz und dem Gesundheitsamt (Landratsamt Esslingen) einvernehmlich abzustimmen. Ergebnisse der ergänzenden Untersuchungen sind dem Landratsamt Esslingen zur Bewertung zuzuleiten.
 - Gestaltrahmenplan**
Für das Baugebiet „Wohngebiet Funkerkaserne“ wurde ergänzend zum städtebaulichen Entwurf zur Flandernhöhe 1995 von den Büros Müller - Benzing & Partner sowie Prommer & Partner ein Gestaltungsrahmenplan erarbeitet, der wesentliche Hinweise gibt zur städtebaulichen Konzeption und zu den Leitvorstellungen für die Gestaltung der Gebäude sowie der öffentlichen und privaten Freiflächen. Seine Aussagen haben empfehlenden Charakter bzw. sollen bei der Neubebauung dazu dienen, sich in die Bestandsbebauung einzufügen. Begründete Abweichungen sind zulässig.
 - Freiflächengestaltungsplan**
Im bauordnungsrechtlichen Verfahren ist mit den Bauvorlagen ein qualifizierter Freiflächengestaltungsplan vorzulegen. Die Festsetzungen des Bebauungsplans sind bei der Gestaltung der privaten und öffentlichen Freiflächen zu beachten.
- Verwendungsverbot für Brennstoffe**
Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes gilt die "Satzung über die beschränkte Verwendung luftverunreinigender Brennstoffe" vom 13.11.1995 / 19.11.1997.
- Helbezugswert**
Die Stärke der Lichtempfindung, wie sie mit jeder Farbempfindung verbunden ist, wird, wenn sie von einem normalen, nicht selbstleuchtenden Körper, also z.B. einem Gebäude oder Bauteil ausgeht, gemäß DIN 5033-1 (siehe hierzu Hinweis Nr. 8 unter "B Hinweise") als Helbezugswert benannt und gemessen. Dieser Helbezugswert wird in %-Zahlen ausgedrückt, wobei als Eckdaten schwarz mit 0 % und weiß mit 100 % fungieren. Je heller ein Farbton also ist, desto größer ist der Helbezugswert. In der Praxis wird er bestimmt anhand einer abgestuften Grau-Wert-Skala, die jedoch aus technischen Gründen mit den üblichen Kopiergeräten nicht zuverlässig vervielfältigt werden kann.
- Gründungs/Grundwasserschutz**
Der Filderlehm quillt und schrumpft bei wechselnder Durchfeuchtung bis in eine Tiefe von etwa 1,5 m u. Gelände; die geplanten Bauwerke müssen daher unterhalb dieses Niveaus gegründet werden.
Beim Ausheben von Baugruben können sich Erschwerisse durch leicht oder schwer löslichen Fels der Klassen 6 und 7 ergeben. Geringe Zutritte von Sickerwasser (Stauwasser) aus dem Filderlehm und Schichtgrundwasser aus klüftigen Kalk- und Sandsteinbänken sind möglich. Eine ständige Grundwasserableitung ist nicht zulässig.
Bei Baumaßnahmen, die tiefer reichen als die bisherigen Gründungen, ist eine hydrogeologische Erkundung und objektbezogene Baugrunduntersuchung erforderlich. Sofern von neuen Baumaßnahmen Grundwasser erschlossen wird, ist zusätzlich zum Baugenehmigungsverfahren ein Wasserrechtsverfahren durchzuführen.
- Fund von Kulturdenkmälern**
Gemäß § 20 Denkmalschutzgesetz (DSchG) sind Funde, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung aus wissenschaftlichen, künstlerischen oder heimatsgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht, unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen.
- Normen und Richtlinien**
Die DIN 5033-1 sowie die FLL-Richtlinie 2008 wird im Technischen Rathaus im Bürgerbüro Bauen, Ritterstraße 17, 73728 Esslingen, während der Öffnungszeiten (Montag und Dienstag 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr; Donnerstag 8.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr) zur dauernden Einsichtnahme bereit gehalten.
Zudem können die DIN 5033-1 über den Beuth-Verlag, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin und die FLL-Richtlinie 2008 über die Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. (FLL), Friedensplatz 4, 53111 Bonn, bezogen werden.

- Verwendungsverbot für Brennstoffe**
Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes gilt die "Satzung über die beschränkte Verwendung luftverunreinigender Brennstoffe" vom 13.11.1995 / 19.11.1997.
- Helbezugswert**
Die Stärke der Lichtempfindung, wie sie mit jeder Farbempfindung verbunden ist, wird, wenn sie von einem normalen, nicht selbstleuchtenden Körper, also z.B. einem Gebäude oder Bauteil ausgeht, gemäß DIN 5033-1 (siehe hierzu Hinweis Nr. 8 unter "B Hinweise") als Helbezugswert benannt und gemessen. Dieser Helbezugswert wird in %-Zahlen ausgedrückt, wobei als Eckdaten schwarz mit 0 % und weiß mit 100 % fungieren. Je heller ein Farbton also ist, desto größer ist der Helbezugswert. In der Praxis wird er bestimmt anhand einer abgestuften Grau-Wert-Skala, die jedoch aus technischen Gründen mit den üblichen Kopiergeräten nicht zuverlässig vervielfältigt werden kann.
- Gründungs/Grundwasserschutz**
Der Filderlehm quillt und schrumpft bei wechselnder Durchfeuchtung bis in eine Tiefe von etwa 1,5 m u. Gelände; die geplanten Bauwerke müssen daher unterhalb dieses Niveaus gegründet werden.
Beim Ausheben von Baugruben können sich Erschwerisse durch leicht oder schwer löslichen Fels der Klassen 6 und 7 ergeben. Geringe Zutritte von Sickerwasser (Stauwasser) aus dem Filderlehm und Schichtgrundwasser aus klüftigen Kalk- und Sandsteinbänken sind möglich. Eine ständige Grundwasserableitung ist nicht zulässig.
Bei Baumaßnahmen, die tiefer reichen als die bisherigen Gründungen, ist eine hydrogeologische Erkundung und objektbezogene Baugrunduntersuchung erforderlich. Sofern von neuen Baumaßnahmen Grundwasser erschlossen wird, ist zusätzlich zum Baugenehmigungsverfahren ein Wasserrechtsverfahren durchzuführen.
- Fund von Kulturdenkmälern**
Gemäß § 20 Denkmalschutzgesetz (DSchG) sind Funde, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung aus wissenschaftlichen, künstlerischen oder heimatsgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht, unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen.
- Normen und Richtlinien**
Die DIN 5033-1 sowie die FLL-Richtlinie 2008 wird im Technischen Rathaus im Bürgerbüro Bauen, Ritterstraße 17, 73728 Esslingen, während der Öffnungszeiten (Montag und Dienstag 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr; Donnerstag 8.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr) zur dauernden Einsichtnahme bereit gehalten.
Zudem können die DIN 5033-1 über den Beuth-Verlag, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin und die FLL-Richtlinie 2008 über die Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. (FLL), Friedensplatz 4, 53111 Bonn, bezogen werden.

C Aufgehobene Vorschriften

- Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes treten in seinem räumlichen Geltungsbereich alle bisherigen Vorschriften außer Kraft, dies gilt insbesondere für:
- den Bebauungsplan (776) Flandernstraße/Am Schönen Rain
Lageplan vom 15.11.1995
Inkraftgetreten am 23.11.1996

D Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist.
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).

Örtliche Bauvorschriften

A Örtliche Bauvorschriften (§ 74 LBO)

- Äußere Gestaltung baulicher Anlagen**
(§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)
 - Für die Dachform und -neigung gilt:
FD = Flachdach bis 5° Neigung
 - Fassaden und Dächer sind mit blendfreien Materialien in gedeckten Farbtönen mit einem Glanzgrad nach DIN EN ISO 2813 unter dem Wert 45 GU auszuführen. Ausgenommen hiervon sind Solaranlagen.
- Hinweis:**
Die DIN EN ISO 2813 wird im Technischen Rathaus im Bürgerbüro Bauen, Ritterstraße 17, 73728 Esslingen, während der Öffnungszeiten (Montag und Dienstag: 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr; Donnerstag: 8.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr) zur dauernden Einsichtnahme bereit gehalten.
Zudem kann die DIN EN ISO 2813 über den Beuth-Verlag, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin, bezogen werden.
- Solaranlagen und technische Aufbauten müssen um mindestens 1,50 m von der Außenkante des darunter liegenden Geschosses zurücktreten.

- Die Farbgebung ist für die Vollgesche mit einem Helbezugswert von mindestens 80 % vorzusehen. Die Erdgeschoss der Gebäude, sowie die zurückgesetzten Dachgeschosse sind mit einem Helbezugswert von 60 - 70 % abzusetzen.
- Werbeanlagen**
(§ 74 Abs. 1 Nr. 2 LBO)
 - Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig und dürfen nur im Erdgeschoss und Brüstungsbereich des 1. Obergeschosses angebracht werden.
 - Werbeanlagen mit wechselndem und bewegtem Licht sowie für Anschläge bestimmte Werbeanlagen sind unzulässig.
- Gestaltung, Bepflanzung und Nutzung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke**
(§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)
 - Anlagen zur vorübergehenden Aufbewahrung von Abfällen und Reststoffen wie bewegliche Abfallbehälter sind baulich oder durch Bepflanzungen gegen Einsicht von öffentlichen Anlagen und Verkehrsflächen abzuschirmen.
 - Die unbebauten Flächen der bebaubaren Grundstücke und die Oberflächen unterirdischer Anlagen, jeweils mit Ausnahme der Erschließungs-, Terrassen- und Stellplatzflächen sind als Grünfläche oder gärtnerisch anzulegen und zu unterhalten.
Die Verwendung von Koniferen, insbesondere von exotischen Nadelgehölzen (z. B. Scheinzypressen, Blaufichten, Thuja), ist unzulässig.
 - Kfz-Stellplätze und Zufahrten sind, soweit diese nicht überdacht sind, mit einem wasserdurchlässigen Belag (Rasengittersteine, Pflastersteine mit Rasenfugen von mindestens 3 cm Breite, Längsrasenfugenpflaster, Schotterrasen) zu befestigen, einzusäen und so dauerhaft zu erhalten. Die Verwöndung von Beton-Drainfugensteinen ist nicht zulässig.
Niederschlagswasser darf nicht auf die öffentliche Verkehrsfläche fließen und ist, soweit es nicht versickert, in ausreichend dimensionierten Wasserabfänganlagen über die eigene Grundstücksentwässerung den öffentlichen Abwasseranlagen zuzuleiten.
 - Stützmauern sind unzulässig.
Aufschüttungen und Abgrabungen über 0,5 m sind unzulässig.
Die südöstlich der festgesetzten Stellplatzflächen verlaufende Tiefgaragenwand darf das Niveau der Stellplatzflächen um bis zu 1,5 m überagen.
 - Einfriedungen sind nur als Abgrenzung der Privatgärten bzw. der privaten Mietergärten zulässig, die den Wohnungen direkt zugeordnet sind. Die Einfriedungen sind ausschließlich als Schmittdecken aus heimischen Laubgehölzen oder als beranktem Drahtzaun bis 1,2 m Höhe zulässig.

- Mit Einfriedungen muss ein Abstand (bzw. Pflanzabstand) von mindestens 0,5 m zu öffentlichen Flächen eingehalten werden.

- Außenantennen**
(§ 74 Abs. 1 Nr. 4 LBO)
 - Mehr als eine Rundfunk- und Fernsehantenne auf und an einem Gebäude ist unzulässig.
- Niederspannungsfreileitungen**
(§ 74 Abs. 1 Nr. 5 LBO)
 - Niederspannungsfreileitungen sind unzulässig.
- Erhöhung der Stellplatzverpflichtung**
(§ 74 Abs. 2 Nr. 2 LBO)
 - Für freifinanzierte Wohnungen erhöht sich die Stellplatzverpflichtung nach § 37 Abs. 1 LBO auf 1,25 Kfz-Stellplätze pro Wohneinheit.

B Ordnungswidrigkeiten (§ 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO)

- Bei Zuwiderhandlungen gegen die örtlichen Bauvorschriften gelten die Bestimmungen des § 75 LBO.

C Rechtsgrundlage

- Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2010 (GBl. S. 357), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.11.2014 (GBl. S. 501).



STADT ESSLINGEN AM NECKAR
STADTPLANUNGS- UND STADTMESSUNGSAMT

BEBAUUNGSPLAN UND ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN
**INA-ROTHSCHILD-WEG/
FLANDERNSTRASSE**
933

IM PLANBEREICH 12 "HOHENKREUZ"

gez. Daniel Fluhrer
Lfd. Stadtbauordner



Auslage

gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.2016 bis 04.03.2016

Satzungsbeschluss

Gemeinderat am 06.02.2017, TOP 7

Ausfertigung

Esslingen am Neckar, den 7. April 2017

In-Kraft-Treten

Bekanntmachung in der Esslinger Zeitung vom 15.04.2017, Nr. 88

gez. W. Wallbrecht
Bürgermeister